

Jetzt die Autobahn STOPPEN!



Lärm und Abgase durch Berlins Südosten? Kein Weiterbau der A 100!

Mit dem Planfeststellungsverfahren tritt das Vorhaben, die Stadtautobahn A 100 von Neukölln nach Treptow zu verlängern, in die entscheidende Phase. Die Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) will mit seinen Bündnispartnern das teuerste Stück Autobahn Deutschlands stoppen und ruft dazu auf, sich am öffentlichen Verfahren zu beteiligen. Alle Berlinerinnen und Berliner können Einwände gegen die Pläne erheben.

Gleich nach dem Mauerfall wurde die Weiterführung der Stadtautobahn A 100 beschlossen: Zunächst durch Neukölln und Treptow, danach über die Spree bis zur Frankfurter Allee nach Friedrichshain soll der Stadtring führen. Kostenpunkt der nur 3,2 Kilometer langen Betonschneise allein bis Treptow: 443 Millionen Euro. Damit wird jeder Meter rund 140.000 Euro kosten – ein Straßenbauvorhaben teurer als der gescheiterte Transrapid!

Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weist gerne regelmäßig daraufhin, dass der Bund den Autobahnbau finanziert. Dabei rechnet sie gerne die Kosten klein, die Berlin anteilig dafür tragen muss. Denn sowohl für die Planung als auch für den Straßenumbau an den neuen Anschlussstellen entstehen Kosten von rund 25 Mio. Euro, die der Berliner Senat für die Verlängerung der A 100 allein bis zum Treptower Park aufbringen muss. Geld, das sinnvoller in die Sanierung der maroden Stadtstraßen und Brücken oder für Fahrradwege investiert werden sollte.

Willkürliche Senatsentscheidung: Starke Belastung für den Südosten

Bei diesen hohen Kosten sollte doch auch die Öffentlichkeit in Berlin einen Nutzen davontragen; z.B. beim Klima- und Gesundheitsschutz. Ohne Frage belastet der immense Durchgangsverkehr in den Straßen der Innenstadt nicht nur das Klima der Metropole, sondern auch die Anwohner durch Lärm und Feinstaub. Dass der Bau einer Stadtautobahn die Probleme aber nicht löst, weiß auch der rot-rote Senat. Bei der A 100 setzt er anstelle auf stadtverträgliche Alternativen zum Straßenneubau lieber auf die Verlagerung des Problems. Zum Wohle einer fiktiven Anzahl von 30.000 Bürgern, die laut Senat durch die Verlängerung der Stadtautobahn entlastet würden, müssen mindestens 6.000 Menschen am südöstlichen Innenstadtrand eine neue, zusätzliche Belastung durch Lärm und Schadstoffe hinnehmen. Steht es dem Senat eigentlich zu, willkürlich über die Be- oder Entlastung von Bewohnern zu entscheiden? Sollte er nicht grundsätzlich zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Berlins arbeiten? Im Falle der A 100 bleibt die Senatsverwaltung eine Erläuterung schuldig, wie groß die angebliche Entlastung tatsächlich ausfallen wird: Um wie viel Dezibel verringert sich denn der Lärm an den Durchfahrtsstraßen in der Innenstadt tatsächlich? Das können Betroffene wohl nicht einmal den Planungsunterlagen entnehmen.

»Wer Straßen säet, wird Verkehr ernten«...

Verschleiert wurde in den wenigen offiziellen Stellungnahmen bislang auch die Tatsache, dass Straßenbau Verkehr nicht verringert sondern vermehrt! (BISS Berlin) [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Senato, gürültü, egzost gazı ve devasa metal atığını Berlin'in güney doğusuna yöneltecek. Bu şehir merkezini rahatlatacak mı?

Seite 4

Was ist geplant?

Seite 2

Was kann ich tun?

Seite 3

Mustereinwendung

Seite 4

Autobahn – oder grüne Nachbarschaft? Sie entscheiden!

Eine Verlängerung der Stadtautobahn A 100 ist verkehrspolitisch und finanziell verantwortungslos sowie gesundheits- und klimaschädlich. Bündnis 90/Die Grünen sehen in den Ausbauplänen der rot-roten Landesregierung eine Zumutung für viele tausende Menschen. Wir wehren uns gegen den Verlust von Lebens- und Stadtqualität für alle Berlinerinnen und Berliner.

Nach sechs Jahren Bauzeit mit Lärm, Stau, S-Bahn-Sperrung und Wohnhäuserabriss wird der sechsspurige A 100-Asphaltstreifen den Treptower Park vom Rest der Stadt abschneiden und die gesamte Gegend dominieren. Das ist in einer Stadt wie Berlin, die durch „Kieze“, strukturiert ist, völlig unangemessen. Erwartet werden 60.000 Autos pro Tag, die von der Autobahn in die angrenzenden Wohngebiete einfahren müssen. Die Folge: Dauerstau – nicht nur in Treptow. Denn alle Stadtstraßen nach und in Friedrichshain-Kreuzberg werden vom Rückstau und vom Schleichverkehr betroffen sein. Autofahrer werden in den Wrangelkiez ebenso wie in den Rudolfskiez ausweichen. Besonders betroffen: die Schlesische Straße.

Deshalb hat der rot-rote Senat auch einen weiteren Bauabschnitt bei der Bundesregierung als Autobahnverlängerung angemeldet. Merke: Autobahn schafft Autobahn. Und das mitten im Herzen der Stadt, durch Friedrichshain und Lichtenberg. Die gesamte Trasse wird bisher sympathische Kieze zerschneiden und ein lebensfeindliches Beton- und Autoareal schaffen.

Umweltbelastung steigt! Gesundheitsbelastung steigt! Unfallrisiko steigt!

Eine schnellere Verbindung in den Friedrichshain erhöht das Verkehrsaufkommen insgesamt. Die Folge an den Zubringerstraßen: mehr Stau und mehr Lärm – ganz zu schweigen von der Trennwirkung, die stark befahrene Straßen für Wohngebiete bedeuten. Das Nachbarschaftsgefühl geht verloren und die zu erwartende Verkehrsexplosion führt zu einer sozialen und

wirtschaftlichen Abwertung der Stadtquartiere. Auch werden Kinder, die mit einer für sie unkalkulierbaren Autokolonne konfrontiert und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, auf stark befahrenen Straßen durch Wohngebiete besonders gefährdet. Das ist nicht der Weg zu einer lebenswerten, kinderfreundlichen Stadt.

Hat Berlin das Geld?

Der rot-rote Senat verfolgt mit der Autobahnverlängerung A 100 eine veraltete und finanziell nicht zu rechtfertigende Planung aus den 50er Jahren. Für die teuerste Autobahn Deutschlands muss auch das Land Berlin hohe Kosten tragen, u.a. für die Planung und den Kauf von Grundstücken auf der Trasse. Auch die vielen Berliner ohne Auto – und das sind rund 50 Prozent – müssen die finanziellen Lasten mittragen. Viel Geld, das anderswo fehlen wird.

Leute, wehrt Euch!

Der Senat wird mit seinen Planungen die gewachsene Stadtstruktur im Südosten zerstören. Wir rufen daher alle Berlinerinnen und Berliner auf, sich gegen die Autobahnpläne zu engagieren! Machen Sie mit Ihren persönlichen Einwendungen klar, dass Sie den Verkehrskollaps, die Zerstörung Ihres Kiezes und die Gefährdung Ihrer Kinder und Ihrer Gesundheit nicht hinnehmen werden. Sagen Sie dem rot-roten Senat deutlich: Der Weiterbau des Stadtringes ist nicht erwünscht! (Bündnis 90/Die Grünen Berlin)

Die Zeitung Stop A 100 wird getragen und unterstützt von:



www.stop-A100.de



www.bund-berlin.de



www.vcd.org



www.gruene-berlin.de



www.berlin21.net

Der so genannte „induzierte Verkehr“ entsteht nämlich erst durch den eigentlichen „Nutzen“ eines Straßenneubaus, nämlich der Zeiteinsparung, z.B. durch Umgehung von Staus. Diese Zeiteinsparung führt jedoch dazu, dass Autofahrer diese Strecken öfter fahren. Die erhofften Einsparungen im Energieverbrauch sowie beim Lärm- und Schadstoffausstoß bleiben damit aus.

Der Streckenverlauf endet im Verkehrschao

Das neue Autobahnstück soll im dicht bewohnten Alt-Treptow enden. Bis zu 60.000 Kraftfahrzeuge täglich werden den neuen Anschluss Am Treptower Park nutzen. Die Senatsverwaltung glaubt, diesen enormen Zuwachs auf den Straßen zwischen Treptow und Friedrichshain allein durch „intelligente Ampelschaltung“ bewältigen zu können. Wie das geht, verrät sie allerdings nicht. Da ein permanentes Grün an den Ampeln für Autos hier nicht möglich ist, wird sich ein täglicher Dauerstau auf der Stralauer Allee vor der Eisenbrücke sowie auf dem Autobahnende bilden.

Auch entlang der Strecke in Neukölln fordern so genannte „Zwangspunkte“ die Planer heraus. Dabei wird um wichtige Industriebetriebe in Neukölln ein Bogen gemacht, aber gleichzeitig billigend in Kauf genommen, dass rund 300 Kleingärten in Neukölln und Treptow vernichtet, ruhige Wohngebiete in der Aronsstraße verlärm und vier sanierte Gründerzeithäuser mit rund 200 Wohnungen in der Beermannstraße abgerissen werden. Schon jetzt sind die Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden an der Elsenstraße und Am Treptower Park so hoch, dass die Grenzwerte regelmäßig überschritten werden. Die Autobahn wird diese Situation noch verschlechtern. Zum Ausgleich wirft der Senat wiederum „wirtschaftspolitische Vorteile durch Anbindung des Ostens“ in die Waagschale und tut dabei gerade so, als ob wir uns noch in der Nachwendzeit befänden. Längst ist auch widerlegt, dass Straßenbau sichere Arbeitsplätze schafft.

Der Neubau von Schnellstraßen lässt das Verkehrsaufkommen anwachsen. Aber er bedeutet nicht mehr Mobilität für alle. Mit städtebaulich rückschrittlichen Projekten wie diesen – und das müsste dem rot-roten Senat eigentlich ein wichtiges Anliegen sein – wird keine soziale Gerechtigkeit geschaffen. Die Stadt der Zukunft braucht keine Verlängerung der Autobahn. Sie braucht Investitionen in das bestehende Stadtstraßennetz und vor allem Respekt und Raum für alle Verkehrsteilnehmer.

BISS Berlin

Jeder Kilometer Autobahn ist ein Kilometer in die falsche Richtung

Die Trassenplanung der A 100

Die Senatsverwaltung will die A 100 vom Autobahndreieck Neukölln bis zur Straße Am Treptower Park verlängern. Bei der jetzt laufenden Planfeststellung geht es um diesen Bauabschnitt 16:

Nachdem die Trasse ab Grenzallee in einem Tunnel und in einem Trog achtspurig geführt wird, stößt sie mit ihrem Zubringer auf die Sonnenallee, diese wird mit zusätzlichem Verkehr verstopft und die Anwohner mit Lärm und Abgasen zusätzlich belastet.

Für die dann sechsspurige Trasse müssen Kleingartenkolonien planiert werden. **1** Im weiteren Verlauf werden die Anwohner der Aronsstraße in ihrer bisher ruhigen Wohngegend mit Mehrfamilienhäusern, Gärten und Grünanlagen dem Autobahnlärm und Abgasen ausgesetzt. An der Beermannstraße müssen die letzten, zum Teil komplett sanierten vier Gründerzeithäuser mit rund 200 Wohnungen abgerissen werden. Die verbleibenden Häuser grenzen dann direkt an die Autobahn. **2**

Am Ende dieses Abschnitts spuckt dann die A 100 bis zu 60.000 Autos auf die Straßen Am Treptower Park und Elsenstraße aus. Zahlreiche Parkplatanen werden hier gefällt. **3** Bis zur Schlesischen Straße wird die Autolawine reichen. Der Ausweichverkehr in die bisher ruhigeren Wohnstraßen in Kreuzberg und Friedrichshain wird erheblich zunehmen. Hohe Belastungen mit Feinstaub und Lärm werden die Folgen sein. **4** Der Treptower Park wird dann kaum noch von Kreuzberger Seite aus erreichbar sein. Der Erholungswert wird stark eingeschränkt. Doch am Treptower Park wird der Autobahnbau nicht enden. **5** Unweigerlich wird der Weiterbau folgen – quer durch das dicht bewohnte Friedrichshain.

Es drohen dann einschneidende Veränderungen:

Das Baudenkmal der Osthafen-Direktion wird abgerissen **6** / Ein doppelstöckiger Autobahntunnel wird unter der Neuen Bahnhofstraße ausgehoben **7** / In der Gürtelstraße werden mehrere Wohnhäuser abgerissen **8** / Statt des Parks an der Wilhelm-Guddorf-Straße gibt es eine Betontrasse auf Riesenstelzen **9** / Der Zugang zum Wohngebiet an der Mauritiusstraße wird zugebaut **10**

BUND Berlin

Vorher: In Friedrichshain überspannt eine alte Eisenbrücke des S-Bahntrasse die Gürtelstraße. Entlang der S-Bahntrasse befindet sich ein kleiner Park

Vorher: Autobahn durchkreuzt Naherholungsgebiet zwischen Görlitzer und Treptower Park

Vorher: Straße am Treptower Park: Platanen müssen der Autobahn weichen

Vorher: Von Neukölln bis Treptow: Verlust von rund 300 Kleingärten

Vorher: Beermannstraße: Abriss von vier Wohnhäusern

Vorher: S-Bahnhof Treptower Park: Autobahnbrücke vor Bahnhofszugang

Vorher: Gebäude der Osthafen-Direktion: Abriss eines Baudenkmals

Nachher: Duster und erdrückend: Zugang zur S-Bahn unter einer Autobahnbrücke, hier am Beispiel Bundesplatz

Nachher: Die Wohnhäuser Beermannstraße müssen der Autobahn weichen. Die Trasse führt dann direkt an den verbliebenen Häusern entlang, wie hier am Bundesplatz

Nachher: ... morgen schon Asphaltwüste! Beispiel A 100 und Sachsensdamm

Nachher: Parallel zur S-Bahntrasse wird zusätzlich eine Autobahnbrücke die Gürtelstraße überspannen, so dass eine Tunnelsituation entsteht, wie hier am Heidelberger Platz. Auch der kleine Park wird überbaut.

Sie möchten auch aktiv werden und die A100 stoppen? Infos und Kontakt beim BUND: Tel. (030) 78 79 00 17 oder mschlegel@BUND-Berlin.de

Einspruch jetzt!

Möglicherweise haben Sie schon auf der gemeinsamen Unterschriftenliste von BUND, BISS und dem VCD gegen den Weiterbau der A 100 unterschrieben oder sich auf andere Art gegen dieses unsinnige Betonprojekt ausgesprochen. Trotzdem ist es jetzt notwendig, dieses nochmals, in anderer Form zu tun.

Die bisherigen Aktionen gegen den Bau der Stadtautobahn von Neukölln nach Treptow hatten einen politischen Charakter und sollten den Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus dazu bewegen, auf die Umsetzung dieser Planung zu verzichten.

Mit der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens hat der Senat nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. Jetzt gilt es, gegen diese Betonierungspläne rechtlich vorzugehen. Das heißt, alle, die nicht mit diesen Plänen einverstanden sind, können sich in der Zeit der Planauslegung von vier Wochen sowie in den anschließenden zwei Wochen Einwendungsfrist schriftlich gegen diese Pläne äußern. Alle Direktbetroffenen, die persönliche Rechtsansprüche durchsetzen wollen, müssen dies sogar tun!

Gleichförmige Einwendungen und Unterschriftenlisten werden als eine Einwendung behandelt und machen der Senatsverwaltung die Arbeit leicht, weil sie Ihre individuellen Betroffenheiten nur ungenügend wiedergeben. Außerdem muss bei diesen gleichförmigen Einwendungen ein Vertreter benannt werden, der die Unterzeichnenden vertritt. Diese Form der Einwendung könnte höchstens bei Kleingartenanlagen sinnvoll sein, die dann durch den Vorstand der Anlage vertreten werden.

Wirkungsvoller ist es, wenn Sie Ihre individuelle Betroffenheit persönlich und eigenständig formulieren. Bringen Sie

alle Gegenargumente sachlich und möglichst vollständig vor. Benennen und belegen Sie Ihre Betroffenheit z.B. als Eigentümer/Pächter/Mieter von Wohn- und Gewerbegrundstücken oder von Kleingärten, als unmittelbarer Anlieger oder als Anliegerin an Zufahrtsstraßen, als Erholungssuchender oder als Sportlerin, die den Treptower Park regelmäßig nutzt oder auch als Eltern, die eine zunehmende Gefährdung der Kinder auf dem Schulweg befürchten sowie als Steuerzahler, der mit den hohen öffentlichen Ausgaben nicht einverstanden ist usw. (weitere Erläuterungen dazu, wer welche Einwendungen vorbringen kann, im untenstehenden Interview mit RA Karsten Sommer).

Alle, die nicht direkt betroffen sind, können Ihre Einwendung aber auch kurz und formlos mit der Post oder per Email an die Senatsverwaltung schicken.

Machen Sie mit Ihrer Einwendung dem Senat klar, dass Sie gegen den Weiterbau der Autobahn zum Treptower Park sind. Argumente zur Verwendung in Ihren Einwendungen finden Sie auf der Homepage der BISS Berlin unter www.stop-a100.de.

BISS Berlin

Termine

der öffentlichen Auslegung

Die Pläne zur Verlängerung der Stadtautobahn A 100 liegen in der Zeit vom 9. März 2009 bis 9. April 2009 aus. Einwendungen sind bis zum 23.4.2009 (Behördeneingang) möglich.

Im Bezirksamt Treptow-Köpenick
Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Raum 22, Telefon: 90297-4449

Im Bezirksamt Neukölln
Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin
Raum N 6006, Telefon 6809-2714 oder 6809-2733

Öffnungszeiten: Mo-Mi 9:00–16:00 Uhr,
Do 9:00–18:00 Uhr, Fr 9:00–14:00 Uhr
Sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Einwendungen an:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Referat GR B
Württembergische Str. 6
10707 Berlin

Telefax 9012-3712

»Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.«

Rechtliche Fragen zur Bürgerbeteiligung am Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der A 100

Die BISS sprach mit dem Verwaltungsrechtsexperten und Rechtsanwalt Karsten Sommer über die Möglichkeiten für die Bürger Berlins, sich am Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der A100 wirksam zu beteiligen.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Planfeststellungsverfahren werden die Pläne für den Weiterbau der Autobahn für vier Wochen öffentlich ausgelegt. Wer kann sich am Verfahren beteiligen?

Grundsätzlich alle! Es kommt aber darauf an, dass sich diejenigen beteiligen, die handfeste Probleme durch die Autobahn haben. Das sind natürlich Betroffene, die ihre Grundstücke durch den Bau verlieren werden, aber auch Menschen, die durch höhere Lärm- und Schadstoffbelastungen in den angrenzenden Straßen betroffen sind. Es gilt der Grundsatz: wer sich nicht rechtzeitig (das heißt, innerhalb der offiziellen Einwendungsfrist) und inhaltlich ausreichend beteiligt, verliert alle Rechte; er kann sich weder im weiteren Verfahren beteiligen, noch eine Klage gegen eine eventuelle Zulassung der Autobahn bzw. den Planfeststellungsbeschluss einreichen.

Um seine Rechte im Verfahren zu sichern, müssen schriftliche Einwendungen gegen den Plan vorgebracht werden. Was ist bei den Einwendungen zu beachten?
Einwendungen müssen erkennen lassen, was im Einzelnen

gegen die Autobahn vorgebracht wird. Die inhaltlichen Anforderungen der Einwendung richten sich nach den Umständen des Einzelfalls. Ist z.B. das eigene Haus oder Grundstück nicht oder falsch berücksichtigt, muss man das in der Einwendung schreiben. Sind etwa zum Spielen von Kindern genutzte Gartenbereiche nicht als solche erfasst, müssen die Eigentümer vortragen, welche Außenwohnbereiche genutzt und durch den Trassenverlauf beeinträchtigt werden.

Die Einwendungen müssen vor Ablauf Einwendungsfrist bei vom Senat genannten Stelle eingereicht sein. Will man später klagen, ist es sinnvoll, einen Nachweis aufzubewahren, z.B. ein Faxprotokoll.

Was kann in den Einwendungen geltend gemacht werden?

In den Einwendungen kann grundsätzlich alles geltend gemacht werden. Das beginnt bei allgemeinen klima- und verkehrspolitischen Erwägungen und endet z.B. bei der Schilderung der besonderen eigenen Betroffenheit etwa durch Erhöhung von Schadstoffbelastungen aufgrund spezieller gesundheitlicher Vorbelastungen.

Von größerer Bedeutung ist daher die Frage, was in den Einwendungen geltend gemacht werden muss. Zum unbedingten »Muss« der Einwendungen gehört die Darlegung der eigenen Betroffenheit.

Wer ist wann potentiell als klageberechtigt anzusehen?

Klagen können erst gegen den Planfeststellungsbeschluss eingereicht werden. Ob und wann der kommt, steht noch in den Sternen. Wir haben schon in vielen Verfahren für jahrelange Verzögerungen gesorgt und in einer Reihe von Verfahren auch das Scheitern von solchen Vorhaben erreicht. Wenn es soweit ist, müssen potentielle Klägerinnen und Kläger ihre Rechtsbetroffenheit geltend machen können. Wer Grundstücksflächen für die Autobahn abgeben soll, ist in seinem Eigentum betroffen. Wer hohe Lärm- oder Schadstoffbelastungen zu befürchten hat, kann ebenfalls zu einer Klage berechtigt sein.

Kann der Autobahnbau durch eine Klage verhindert werden oder schließt das Gesetz diese Möglichkeit von vorn herein aus?

Das Gesetz gibt einer Klage keine aufschiebende Wirkung, also keinen Baustopp, mehr. Dazu muss ein gesondertes Eilverfahren geführt werden. Eine Klage kann aber ein solches Vorhaben grundsätzlich verhindern, wenn grundlegende Rechtsfehler vorliegen, die dem Gericht deutlich gemacht werden können.

Vielen Dank für das Interview!

Die Fragen stellte die BISS.

SPENDEN SIE JETZT!

Werden Sie aktiv für eine nachhaltige Verkehrspolitik in Berlin!

Unterstützen Sie die Arbeit der BISS Berlin gegen die Verlängerung der A 100!

Die BISS arbeitet ehrenamtlich und ist ein unabhängiger, überparteilicher Zusammenschluss. Sie ist offen für alle, die verkehrspolitische Alternativen fördern möchten und sich von dem Autobahnbau betroffen fühlen. Sie setzt sich dafür ein, dass sich möglichst viele Menschen bei der Stadtplanung und Gestaltung ihrer Umgebung beteiligen können.

Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung von Informationen zum Planfeststellungsverfahren kosten Geld, ebenso wie die Vorbereitung einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung! Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Autobahn durch Neukölln, Treptow und Friedrichshain zu verhindern.

Die BISS arbeitet mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Berlin) zusammen und hat dort ein spezielles Konto eingerichtet. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

SPENDENKONTO: BUND Berlin // Konto Nr. 32 888 02 // Stichwort »Stop A 100« // BLZ 100 205 00 Bank für Sozialwirtschaft

Die BISS hat eine **Bürgersprechstunde** eingerichtet: **Jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr** in der Nachbarschaftsgalerie (Karl-Kunger-Str. 15, 12435 Berlin-Treptow)
Zusätzlich ist ein **Bürgertelefon** mit Anrufbeantworter für Ihre Anfragen geschaltet: **(030) 70 12 10 04**

Senato, gürültü, egzost gazı ve devasa metal atığını Berlin'in güney doğusuna yöneltecek. Bu şehir merkezini rahatlatacak mı

»Stadtring Süd« vatandaş inisiyatifi, A 100 şehir otobanını Neukölln ve Treptow'dan Friedrichshain'a kadar genişletme projesini engellemek istiyor. Yasal olarak İmar planı saptama sürecinde vatandaşlara, itiraz etme hakkı tanınacak.

Berlin Senatosu, 9 Mart 2009'da, A 100 şehir otobanının Grenzallee'den Am Treptower Park'a kadar uzanması hedeflenen yeni bölümü için inşaat saptama projesi sunacak. Çalışmalara 2011'de başlanması düşünülüyor. 3,2 kilometre uzunluğunda olan otobanın yeni bölümünün maliyeti 442,8 milyon euro tutacak. Tüm Almanya'nın en pahalı otobanı olacak ve yapım maliyetinin büyük kısmını federal hükümet üstlenecek; fakat Senato'nun da bu maliyetin bir kısmını karşılama zorunluluğu var. Yaklaşık 25 milyon euroluk bir meblağ, Berlin'li vatandaşların ceplerinden çıkacak vergilerden karşılanacak.

A 100 şehir otobanının Neukölln ve Treptow'dan geçecek yeni güzergahı: İnşaatın 16. kısmı, Neukölln otobanı üçgeninde başlayacak ve Neuköllnische Allee'ye kadar, yaklaşık 400 metre uzunluğundaki bir tünel olarak devam edecek. Otobanın ondan sonraki kısmı, tekne halinde seyir edecek, yani üstü açık bir kanal şeklinde. Sonnenallee'de tam bir bağlantı noktası oluşturulacak.

Ondan sonraki kısımda, 6 şeritli otoban, Aronsstraße'ye paralel şekilde seyredecek, ufak bahçelerin bulunduğu bölgeden geçecek ve Dieselstr.'ye kadar uzanacak – yani günümüzde hayli sakin bir bölgede kalan evlerin ve çocuk parklarının sadece 90 metre yakınından geçecek. Mahalle sakinlerinin güvenliği için 4 metre yüksekliğinde gürültü azaltan bir duvarın inşa edilmesi planlanıyor. Fakat bu duvar, arabalardan sızan egzost gazlarını engellemeyecek. Otobanın bir diğer kısmı ise, Dieselstr. ve Kieffholzstr.'nin altından geçecek.

Bu sebeple, burada günümüzde varolan neredeyse bütün bahçeler yok olacak. Beermannstr.'de, 200 daireyi kapsayan 4 bina da yeni yapılacak otoban bölümü için feda edilecek. Kalan evler ise hemen otobanın yanında bulunacak. S-Bahn'a paralel seyreden Matthesstr.'nin üstü yeni yapılacak olan otoban bölümünün sonunda, Am Treptower Park otoban bağlantısı sonucu kapanmış olacak.

Ev kapısının önünde otoban

Neukölln'deki önemli sanayilere es geçilirken, Neukölln'de Aronstr.'de ve Treptow'da Beermannstr.'de oturan mahalle sakinlerinin, evlerinin tam kapısı önünden geçecek olan otobanın yapımını kabullenmemesi bekleniyor.

Çevre'deki yeşil alanlar yerini beton yığınlarına bırakacak; ağaçlar kesilecek, trafik, gürültü ve hava kirliliği yüksek derecede artacak. Senato, genişletilmesi düşünülen A 100 otobanına gerekçe olarak, şehir merkezi transit trafiğinin böylelikle daha çok rahata kavuşacağını gösteriyor.

Fakat otobanın genişletilmesi, trafik problemini çözmez, sadece Berlin'in güney doğusuna taşıyor. Bu olayın içerisinde dikkate alınması gereken önemli soru şu: Senato'nun neden Berlin'in bazı semtlerinde oturan vatandaşların diğer semtlerde ikamet eden vatandaşlar aleyhine, şehir kirliliğinden kurtulma hakkı olduğuna dair karar alma yetkisi var? Yoksa Senato'ya göre Berlin'de birinci ve ikinci sınıf semtler mi var?

Ne yapmalı?

A 100 şehir otobanının genişletilmesiyle ilgili proje belgeleri 9 mart 2009 tarihinden itibaren 4 hafta boyunca Neukölln ve Treptow belediye binalarında kamuya açık bir şekilde sergilenecek. 9 mart 2009 tarihinden itibaren semt sakinleri iki hafta boyunca yazılı bir şekilde itiraz etme hakkına sahip olacak. İnşaat saptama projesinde dikkat edilecek husus, otobanın genişletilmesinden dolayı mağdur duruma düşebilecek herkesin itiraz süresi içinde haklarını yazılı olarak kullanma zorunluluğu.

İtiraz etmek isteyen vatandaşların, bunu 9 mart 2009'dan itibaren geçerli olan iki haftalık süre içerisinde yapmaları gerekiyor. »Stadtring Süd« (BISS) vatandaş inisiyatifi, Bund für Naturschutz (BUND)'un desteğiyle otobanın genişletilmesi konusunda Senato'ya dava açmayı hedefliyor. Bunu başarmak için, sizlerin de yardımlarınıza ihtiyacımız var: sizde yazılı itirazlarınızla inşaat saptama projesine katılın, ve bizim aktivitemizle de bağışlarınızla destek olun.

BISS Berlin

Impressum

Herausgeber:
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) Berlin
Plesser Str. 3, 12435 Berlin
Tel.: 030 / 70 12 10 04
info@stop-a100.de
www.stop-a100.de



AutorInnen: Stefan Gelbhaar, Antje Kapek, Harald Moritz, Birte Rodenberg, Martin Schlegel

Türkische Übersetzung: Seçil İşlek ve Özcan Mutlu

Redaktion: Harald Moritz und Birte Rodenberg

Gestaltung: Joana Katte

Fotos: S.1 BUND Berlin, S.2 Karte: Tilo Schütz/BUND Berlin
Fotos: Antje Pahl, Philipp Poll, Birte Rodenberg, Tilo Schütz, Heiko Schwientek

Druck: Druckhaus Köthen

Auflage: 30.000

Versand/Verteiler: Reklame Beckmann, Berlin

Online-Ausgabe: www.stop-a100.de

Die Beilage wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung vom Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin, BUND Berlin, VCD Nordost, ADFC Berlin, NABU Berlin sowie aus Spendengeldern an die BISS Berlin. Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern!

MUSTERBRIEF FÜR EINWENDUNGEN

Absender:
Name
Adresse

Anschrift:
An die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Referat GR B
Württembergische Str. 6
10707 Berlin
Telefax 9012 - 3712
Ort, Datum (Eingangsfrist bis 23. April 2009)

Betr.: PfistV für den Neubau der Bundesautobahn A100 zwischen AD Neukölln und AS Am Treptower Park in den Bezirken Neukölln und Treptow-Köpenick von Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
gegen den Plan zum Weiterbau der Bundesautobahn A 100 vom Autobahndreieck Neukölln bis zum Treptower Park erhebe ich nachfolgende Einwendung:

Ich/wir wohne(n) in der Straße und lehne den Neubau des 16. Bauabschnitts der Bundesautobahn A 100 vom Autobahndreieck Neukölln zum Treptower Park ab, weil ich (und meine Familie/Kinder) durch die Realisierung des o.g. Vorhabens in meinen Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit eingeschränkt werde [Begründung folgt].

Zum Beispiel, weil:

200 Wohnungen abgerissen und vier zum Teil aufwendig sanierte Gründerzeithäuser mit günstigem, familienfreundlichem Wohnbestand »überbaut« / sowie 300 Kleingärten beseitigt werden / in den umliegenden Kleingärten Obst und Gemüse gesundheitsbelastend sein können / mehrere Gewerbebetriebe und damit Arbeitsplätze vernichtet werden / weil Wohneigentum entlang der Trasse in der Neuköllner Aronsstraße verlämt und entwertet wird / Weil mindestens 500 Bäume, u.a. auch Platanen vom Gartendenkmal Treptower Park gefällt / das Stadtklima und das Grundwasser beeinträchtigt / ca. 14 ha Boden neu versiegelt werden / und der Lebensraum vieler, darunter seltener bzw. geschützter Tier- und Pflanzenarten verloren gehen / Weil Lärm- und Abgasbelastungen in der Umgebung und den Zufahrtsstraßen steigen / der motorisierte Verkehr durch den Ausbau allgemein zunimmt / und es speziell auf den zu- und abführenden Straßen zu den Autobahnanschlüssen zu erheblich mehr Autoverkehr und über mehrere Stunden am Tag zum Stau-chaos kommen wird / Weil die Eisenstraße den Verkehrszuwachs in Spitzenzeiten nicht aufnehmen kann / der Schleichverkehr dann über die umliegenden Wohnstraßen (Schlesische Straße, Bouché- und Karl-Kunger-Straße) erfolgen wird / und die Entlastungen für die Wohngebiete um die künftige Autobahn und auch in der Berliner Innenstadt kaum eintreten werden und nicht eindeutig belegt sind / Weil sich die Verkehrssicherheit vor allem für die Schul- und Kitakinder verschlechtert / die Erreichbarkeit von Treptower Park und S-Bahnhof schwieriger / und der Linienbusverkehr in der Eisenstraße im Stau der von der Autobahn abfahrenden Kfz stecken bleiben wird / Weil dieses Vorhaben Folgebauten, wie den Ausbau der Straße Am Treptower Park mit weiteren Verschlechterungen der Lebensqualität verursacht / und weil die für diese Autobahnverlängerung veranschlagten 443 Mio. Euro Steuergelder viel dringender in anderen Verkehrs- oder Sozialprojekten gebraucht werden ...

Ort, Datum

Unterschrift

Die Zeitung Stop A 100 wird getragen und unterstützt von:

